

Worte und Taten Schon Donald Trumps Rhetorik ist gefährlich

Michael Zürn

Summary: Some seek comfort in the assurance that Donald Trump's rhetoric does not directly translate into foreign policy measures. This may be partially true, but words, too, have consequences.

Kurz gefasst: Manche beruhigen uns mit dem Hinweis, dass die Worte von Donald Trump sich nicht direkt in außenpolitische Maßnahmen übersetzen. Das mag zum Teil zutreffen. Aber auch Worte sind Taten.

Gerne lausche ich den Worten meiner amerikanischen Kolleginnen und Freunde, die davor warnen, die außenpolitischen Wirkungen der Präsidentschaft von Donald Trump übermäßig zu dramatisieren. Das klingt dann ungefähr so: Ja, dieser Präsident und seine Außenpolitik sind eine Katastrophe. Handelskriege, die Kündigung des Pariser Abkommens und der Vereinbarungen mit dem Iran, das ist alles falsch. Aber die Effekte davon werden durch einen außenpolitischen Apparat und durch die starken *checks and balances* im amerikanischen politischen System gelindert, sodass alles reparabel bleibt. Die notwendige Kurskorrektur kann nach dem Wahlsieg einer demokratischen Kandidatin erfolgen. Sicherlich wird auch dann noch ein größerer Beitrag Deutschlands zur NATO gefordert werden, und auch Handelsungleichgewichte bleiben ein Thema, aber da müssen sich halt auch die Deutschen etwas bewegen. Ich lausche diesen Worten über die Einschätzung der Trump'schen Taten gerne, weil sie beruhigend sind. Wahrscheinlich sind sie auch zutreffend. Ich fürchte allerdings, dass die Wirkungen der Trump'schen Worte viel tiefer greifen und weniger reparabel sind.

Der Lektor meines Buchs „A Theory of Global Governance“ witzelte letztes Jahr kurz nach dem Erscheinen, dass wir es unbedingt an Donald Trump schicken sollten. Angesichts der bekannt gewordenen täglichen Leseleistung des amerikanischen Präsidenten errechnete ich, dass er unter Berücksichtigung der Sommerpausen voraussichtlich kurz nach Beendigung seiner ersten Amtszeit damit fertig sein müsste. Das empfand ich als ernüchternd. Doch als ich kurz darauf die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der Vereinigten Staaten mit dem Vorwort des Präsidenten sah, fragte ich mich überrascht, ob er zumindest das erste Kapitel meines Buchs bereits gelesen haben könnte.

Dieses erste Kapitel handelt von der normativen Grundierung des globalen politischen Systems. Demnach kann dann von einem globalen politischen System gesprochen werden, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: Erstens erkennen die Mitglieder des Systems an, dass es zumindest ein rudimentäres globales Gemeinwohl und zumindest einige Kollektivgüter jenseits des Nationalen gibt, deren Verwirklichung gemeinsam erreicht werden sollte. Zweitens existieren internationale Institutionen, die im Zweifelsfall auch gegen die kurzfristigen Interessen einzelner Mitglieder das Gemeinwohl durchsetzen können. Die Durchsetzungsfähigkeit beruht dabei weitgehend auf einem zwanglosen Zwang, das heißt der Anerkennung solcher Institutionen. Diese öffentlichen Autoritäten rechtfertigen sich drittens gegenüber denen, die von diesen Maßnahmen betroffen sind – egal ob mit guten Argumenten oder mit Manipulationsversuchen. Internationale Politiken müssen also vor einem breiten Publikum gerechtfertigt werden, zu dem neben der nationalen Öffentlichkeit eines Politikers andere Regierungen, andere Gesellschaften und eine imaginierte Weltgesellschaft gehören.

Ein globales politisches System, das diese Merkmale aufweist, ist in Ansätzen nach dem Zweiten Weltkrieg, spätestens aber mit dem Fall der Berliner Mauer entstanden. Ein solches System ist nicht notwendigerweise gerecht und friedlich, es ist gegenwärtig vielmehr von Machtasymmetrien, ungleichen Beteiligungschancen, materiellen Ungleichheiten, Protest, Widerstand und von (berechtigter) Kritik an vielen Politiken geprägt. Aber es beruht auf der Anerkennung einer globalen Schicksalsgemeinschaft, die den Nationalismus transzendiert. Die Anerkennung des globalen Systems impliziert, dass das sogenannte nationale Interesse nicht der letzte und höchste normative Referenzpunkt sein darf.

Die Radikalität, mit der der Präsident des Landes, das dieses globale politische System maßgeblich gestaltet hat, im Vorwort zur aktuellen NSS diese normativen Grundlagen unterläuft, ist vielleicht besorgniserregender als seine Taten. Seine Worte lassen die Putins, Xi Jinpings, Erdogans und Orbans dieser Welt als rhetorische Apologeten von Global Governance erscheinen. Als ob Trump auf mein Kapitel antworten wollte, stellt er dabei zielgenau die drei genannten Grundlagen des globalen politischen Systems infrage. Erstens wird die bloße Idee eines globalen Gemeinwohls schlicht zurückgewiesen. Trump sieht eine von Konkurrenz geprägte Weltordnung. Insbesondere China und Russland werden als „rivalisierende Mächte“ gebrandmarkt, die den Einfluss der USA infrage stellen. In Trumps Worten: „My (sic) Administration's National Security Strategy lays out a strategic vision for protecting the American people and preserving our way of life, promoting our prosperity, preserving peace through strength, and advancing American influence in the world.“ Gemeinsame Interessen, Kollektivgüter und ein globales Gemeinwohl kommen gar nicht erst vor. Und Frieden wird mit amerikanischer Dominanz gleichgesetzt. Dementsprechend sind zweitens auch politische Institutionen zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen überflüssig. Der Rückzug der USA aus dem Transpazifischen Handelsabkommen TPP sowie aus dem Klimavertrag von Paris werden von ihm daher als Erfolge seiner Politik gewertet. Drittens schließlich: Weder das Vorwort des Präsidenten noch das NSS-Papier vermitteln an irgendeiner Stelle den Eindruck, als würden sie sich an Menschen, Gruppen oder Regierungen außerhalb der USA wenden. Eine Rechtfertigung der Politik gegenüber all denen, die davon betroffen sind, findet nicht einmal versuchsweise statt. Vielmehr werden Maßstäbe der Politik entfaltet, die in ihrer Einseitigkeit die normative Grundierung des globalen politischen Systems unterminieren: der Schutz des US-Heimatlandes, die Förderung amerikanischen Wohlstands und wirtschaftlicher Sicherheit, die Verteidigung der amerikanischen Grenzen durch militärische Stärke und die Vergrößerung des amerikanischen Einflusses in der Welt. Die Weltgemeinschaft und das Kosmopolitische kommen konsequent nicht vor.

Damit unterscheidet sich der amerikanische Präsident in seiner Rhetorik von den Regierungschefs fast aller anderen Länder. Selbst Vladimir Putin und Xi Jinping versäumen es in ihren Grundsatzreden nicht, auf Aspekte eines globalen Gemeinwohls sowie auf die Notwendigkeit der internationalen Kooperation hinzuweisen und ihr Handeln auch mit Blick auf die Weltgemeinschaft zu rechtfertigen. Genau diese implizite Anerkennung normativer Grundlagen, gerade auch durch die Gegner einer westlich dominierten Ordnung, macht es sinnvoll, von einem globalen politischen System zu reden. Und diese zivilisatorische Errungenschaft scheint Donald Trump mit seiner Weltsicht, in der sich das Politische auf die Rivalität und das Nationale zu beschränken scheint, infrage zu stellen.

Die Trump'sche Feerrhetorik ruft bei mir große Sorgen hervor. Sicher, Rhetorik und politische Praxis, Worte und Taten, sind nicht eins. Genauso wie viele konkrete Maßnahmen und Politiken der Putins und Erdogans ihre politische Rhetorik als leer und manipulativ erscheinen lassen, so hat die konkrete amerikanische Außenpolitik das globale politische System bisher nicht komplett negiert. Da haben die amerikanischen Kolleginnen und Freunde schon Recht. Auf den gut 60 Seiten der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie finden sich vereinzelt noch Hinweise auf dessen Anerkennung. Dennoch: In dem Maße, wie die Nationale Sicherheitsstrategie umgesetzt und die radikal-nationalistische Rhetorik fortgesetzt wird, sägen die USA an dem normativen Ast, auf dem das globale politische System sitzt. Sicher, das System ist defizitär und berücksichtigt die Interessen der benachteiligten Bevölkerungsschichten in den westlichen Industrieländern und weiter Teile des Globalen Südens in unzureichender Weise. Das muss geändert werden. Eine Unterminierung der normativen Grundlagen des globalen politischen Systems ist aber schlicht unverantwortliches Zündeln. Ohne dieses globale politische System, seine Weiterentwicklung und verbesserte Legitimierung stehen uns schon in naher Zukunft eine Vielzahl an brutalen Krisen in unbekanntem Ausmaß bevor: eine Wirtschaftskrise, die an die frühen 1930er-Jahre erinnern wird, eine Klimakrise, die viele Tote fordern wird, und eine Migrationswelle, die die Rede von Obergrenzen und Mauern als lächerlich erscheinen lässt. Langfristig können Worte schlimmer wirken als Taten. Sie können die Bedingungen des Möglichen aufheben.



Michael Zuern ist Direktor der Abteilung Global Governance des WZB und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

michael.zuern@wzb.eu